

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener: Reichliche Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241
Fax für Nachgeschickte: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 3,—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich M. 3,—.
Die 12spaltige 2. und breite Seite M. 7,—, außerhalb Deutschlands M. 8,—. Familienangehörige, Anzeigen unter Güttern und Wohnungsanzeigen, 1. und 2. und 3. und 4. Spalte M. 3,—. Tagesblätter und Postblätter M. 2,—. Sonntagsblätter M. 2,—. Sonntagsblätter M. 2,—.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unberechtigter Nachdruck wird nicht aufbewahrt.

Neue Unruhen in Oberschlesien.

Zusammenstoße von Zivilisten mit französischem Militär.

Katibor, 2. Juli. Nach der „Dresdner Morgenpost“ wurde ein französischer Offizier von Zivilisten angegriffen. Eine italienische Patrouille griff ein. Dabei fielen Schüsse, durch die zwei Italiener schwer verletzt wurden. Von welcher Seite die Schüsse fielen, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Erregung der Massen wird darauf zurückgeführt, daß im Laufe des gestrigen Nachmittags einige französische Autos hier eintrafen, um die Waffen der in Auflösung begriffenen Apodotransportieren. Es bildeten sich daraufhin grobe Menschenansammlungen, die gegen den Abtransport der Waffen demonstrieren. Die Stadtverordnetenversammlung wurde in Anbetracht des Zwischenfalles aufgelöst und dabei beauftragt, daß der Kommandant der Belagerungstruppen aufhorcht habe, auf die Massen beruhigend zu wirken. Wenn nicht binnen einer halben Stunde die Straßen von den Massen geräumt werden, würde er Feuer eröffnen lassen. Die Garnison wurde alarmiert und schritt mit schußbereiten Waffen gegen die Massen ein. Im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall ist der Belagerungsstand über Katibor verhängt worden.

Die Vorgänge in Gleiwitz.

Gleiwitz, 1. Juli. Schon heute früh machte sich hier unter der Bevölkerung infolge der Ablieferung der Waffen leitend der Apo an die französischen Belagerungstruppen größere Aufregung bemerkbar. In der Schützlerstraße, dem Standort der Apo und am katholischen Vereinshaus kam es zu Zusammenstößen zwischen Zivilisten und französischen Truppen, die gegen Abend großen Umfang annahm. Wie verlautet, sind 15 Personen, darunter auch ein Franzose, getötet und gegen 25 Personen verwundet worden. Im Laufe des Nachmittags führten französische Panzerwagen durch die Straßen. Gegen 10 Uhr abends war noch Gewehrfeuer zu hören. Ueber Gleiwitz wurde der verhängte Belagerungsstand verhängt.

Opeln, 2. Juli. Im Laufe der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag dauerten die Schießereien in Gleiwitz an. Am Sonntag morgen war Ruhe. Im Laufe des Sonntag nachmittags begannen die Schießereien erneut. (W. T. N.)

Polnisches Grenzbanditentum.

Beuthen, 2. Juli. Ein mit Waffen beladenes Lastauto wurde bei Karl von bewaffneten Banditen überfallen und zum Teil ausgeraubt. Desgleichen wurden zwei nach Gleiwitz fahrende Autos, die Gewehre, Munition und Kleidungsstücke der aufgelösten Gemeindevachen mit sich führten, von Banditen überfallen und zum Teil ausgeraubt. Mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstete Banditen verließen in der Nacht zum Sonnabend die polnisch-deutsche Grenze zu überschreiten, wobei es zu einem Feuergefecht kam, das bis zum nächsten Morgen andauerte. Der Versuch wurde vereitelt. (W. T. N.)

Entdeckung eines Waffenlagers in Freiberg i. S.

Die Auffindung der Maschinengewehre.
Freiberg, 2. Juli. Der Abteilung LA des Berliner Volkspolizeipräsidiums ist es gelungen, die Maschinengewehre, mit der Minister Mathenan erschossen worden ist, aufzufinden. Die Waffe hing in einer Tannenhede auf einem Gartengrundstück in der Lepziger Straße in Berlin-Schmargendorf. Die Pistole ist noch mit 24 Schüssen geladen.

Bei dem Eigentümer des bekanntlich schon vor einigen Tagen von der Berliner Polizei beschlagnahmten Nordautos, dem deutsch-völkischen Fabrikanten Johannes Ruchenmeister zu Freiberg in Sachsen, hat jetzt eine von sächsischen Beamten vorgenommene Durchsichtung ein umfangreiches Waffen- und Munitionslager zutage gefördert. Es wurden gefunden: 2 Minenwerfer, 6 schwere Maschinengewehre, 4 leichte Maschinengewehre, 150 Gewehre, 10 Kisten Munition, 1 telephonische Einrichtung. Die Waffen waren in einem Schacht eingemauert.

Wachere Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur geplanten Demonstration.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Berlin, 2. Juli. Die sozialistischen Parteileitungen und die Gewerkschaftsorganisationen veröffentlichen jetzt den Aufmarschplan für die am Dienstag stattfindende Demonstration der gesamten Großberliner Arbeiterchaft für den Schutz der Republik. Die Arbeit wird von 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags ruhen. Auch sämtlicher öffentlicher Verkehr wird stillgelegt. Der Eisenbahnverkehr ruht ebenfalls von 2 Uhr bis 3:30 Uhr. Die Bannmühle soll beachtet werden. Die Demonstranten versammeln sich vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche. Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt in einer von seinem Vorsitzenden, Stegerwald, unterzeichneten Proklamation für die organisierten christlichen Arbeiter die Beteiligung an der Demonstration ab und bezeichnet sie als einen sinnlosen Mißbrauch gewerkschaftlicher Kampfmittel, der das Volk schädigt und die Not vergrößert. Die christlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen sich erneut als Ordnungsbündel der deutschen Volksgemeinschaft erweisen.

Streik bei den Hamburger Reedereien.

Hamburg, 1. Juli. Das gesamte technische Personal (Schiffsingenieure usw.) der hiesigen Reedereien ist heute abend in den Streik getreten. Die Ausreise einer Anzahl von Seeschiffen ist dadurch unmöglich gemacht.

Die Plünderungen auf der Ilsegrube in Senftenberg.

Berlin, 2. Juli. Ueber die am Sonnabend vorgekommenen Plünderungen in Senftenberg und auf der Ilsegrube wird im einzelnen noch berichtet. Die Plünderungen sind, wie jetzt scheint, von den auf der Grube Ilse beschäftigten Arbeitern ausgegangen, und zwar haben hauptsächlich die dort tätigen polnischen Arbeiter die Veranlassung zu den Vorfällen gegeben, die ein Einschreiten harter Abteilungen der Schutzpolizei notwendig machten. Am Sonnabend mittag drangen in den ersten Nachmittagsstunden ein kleiner Trupp von 10 bis 15 Personen in Lebensmittel- und Konfektionsgeschäfte ein und zwangen die Verkäufer zur Herausgabe ihrer Vorräte ohne Bezahlung. Gegen 6 Uhr nachmittags fuhr vor einem Warenhaus in Senftenberg ein Lastauto vor, dem sechs Mann entstiegen. Mit vorgehaltener Revolver drangen die Unbekannten, die sich die Geschäfte untenhin gemacht hatten, in das Geschäft ein und packten an Kleidern, Wäsche und Tuchwaren zusammen, was ihnen in die Hände fiel. Der Inhaber des Geschäftes schaffte einen mit Salmiak gefüllten Glasballon in den Raum, in dem sich die Räuber befanden, und zerkrümerte das Gefäß, um durch die ausströmenden scharfen Dämpfe die Täter zu vertreiben. Diese verließen auch das Warenhaus, kehrten aber nach einigen Minuten mit Gasmasken.

die sie im Auto tragen hatten, wieder zurück, und brachten nun ihre Beute im Werte von etwa 4 Millionen Mark in Sicherheit.

Vor den Verkaufspischiern der Ilsegrube versammelten sich gegen Abend hunderte von Vergewaltigten, hauptsächlich Polen, die mit Gewalt in die Vorratsräume eindringen und dort Lebensmittel, Kleider, Wäsche und Schuhe stahlen. Die Grubenbeamten, die Widerstand leisteten, mußten schließlich die Flucht ergreifen. Die Täter stückelten mit dem erbeuteten Gut. Inzwischen hatte sich die Stadtverwaltung Senftenberg sowie die Direktion der Ilsegrube telefonisch an die Cottbuser Schutzpolizei gewandt, die in Lastkraftwagen zwei Hundertschaften nach der Grube und nach Senftenberg in Marsch setzte. Auch das Gewerkschaftsamt griff zu Schutzmaßnahmen gegen die Ausschreitungen namentlich der polnischen Arbeiter. In aller Eile wurden Schutzkommandos gebildet und die Arbeiterchaft übernahm mit starken Patrouillen die Sicherung der Straßen und der Geschäfte und öffentlichen Gebäude. Eine größere Anzahl von Plünderern, die nach dem Eintritt der Dunkelheit in die Geschäftshäuser einzudringen versuchten, wurden festgehalten und der Polizei übergeben. Die Diebe, die in das Warenhaus eingedrungen waren, wurden in der Ortschaft Odwoj ermittelt und ebenfalls verhaftet. Es konnte jedoch nur ein Teil der gestohlenen Waren wieder herbeigeschafft werden, da ein Teil der Bande mit dem Lastauto entkommen ist.

Berlin ohne Zeitungen.

Berlin, 1. Juli. Der Berliner Zeitungsdirektor hat sich heute im Laufe des Tages weiter ausgedehnt. Teilweise haben die Arbeitgeber Aussperrungen auf Verlangen des Vereins der Zeitungsbetriebe vorgenommen, zum anderen sind die Arbeiter in den Sympathiekreis eingetreten. Rumorte haben heute auch der „Vorwärts“, die „Germania“, die „Zeit“ und die „Tägliche Rundschau“ ihren Betrieb eingestellt, die heute morgen noch erscheinen konnten. Die Reichsregierung und die preussische Regierung verhandeln mit den Gewerkschaften wegen der Herausgabe eines Mitteilungsblattes.

Aussperrungen der Buchdrucker im Reich?

Berlin, 2. Juli. Um das Publikum nicht zur bedingungslosen Verurteilung ihres Vorgehens zu bringen und um namentlich die arbeitenden Genossen der übrigen Gewerbe durch die Stilllegung der Arbeiterpresse nicht gegen sich einzunehmen, geben die Streikenden ein Radio-Kommunikat, das Berliner Arbeiterblatt, heraus, das in der Druckerei des „Vorwärts“ hergestellt wird. Die ausständigen Buchdrucker fordern eine wöchentliche Lohnerhöhung von 300 Mk. Die Arbeit soll für ganz Berlin nach Bewilligung dieser Forderung nur geschlossen werden, wenn die Forderung erfüllt wird. Dieser Forderung haben sich auch die Vertreter des Gutenbergsbundes (christliche Organisation) angeschlossen. Ihr Vorgehen in der gegenwärtigen ersten Situation begründen die Streikenden mit ihrer bisher mit unendlicher Geduld getragenen schwierigen Lebenslage, der man seitens der Arbeitgeber im Druckgewerbe bei allen Lohnverhandlungen der letzten Jahre nie ausreichend Rechnung getragen habe. Angehörige dieser Lage in Berlin werden in den Arbeitergewerkschaften des Buchdruckgewerbes im Reich zurzeit Beratungen darüber gepflogen, ob eine Unterstützungaktion für die Berliner Buchdrucker in Form von Aussperrungen im Reich einzuleiten sei. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß bereits Anfang dieser Woche in der Provinz Brandenburg sowie in Teilen der Provinz Pommern, vor allem in Siedeln die Buchdruckereibetriebe zu Aussperrungen schreiten werden. Meldungen aus Süddeutschland betonen, daß auch dort die gleiche Gesinnung besteht.

Der Geschäftssinn der Potsdamer Stadtverordneten.

Berlin, 2. Juli. In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung am Freitag wurde beschlossen, aus allen öffentlichen Gebäuden sämtliche Hohenzollernbilder entfernen zu lassen. Auch wurde eine große Summe zur Anschaffung republikanischer Fahnen bewilligt. Beide Vorlagen wurden ohne Debatte angenommen.

Sieg der christlichen Liste bei den Dresdner Elternratswahlen.

Bei den am gestrigen Sonntag in Dresden stattgefundenen Elternratswahlen haben die Anhänger der christlichen Schule abermals einen Sieg davongetragen. Sie erhielten 445 Vertreter, während auf die Listen der Anhänger der weltlichen Schule nur rund 400 Vertreter entfielen. Das Ergebnis im einzelnen befindet sich auf der nächsten Seite.

Artikel 18 der Reichsverfassung im Reichstag.

(Bericht der Verhandlungen des Reichstages vom 2. Juli.)
Berlin, 2. Juli. In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde, wie bereits kurz mitgeteilt, die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung.

in Angriff genommen.

Abg. Koch (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Die oberste Absicht des Artikels 18 sei, die Gleichberechtigung des Reiches so zu gestalten, daß die Erreichung wirtschaftlicher und kultureller Höchstleistungen gewährleistet werde. Die Reichsregierung müsse dabei das Recht der Initiative ohne Zustimmung des Reichsrates haben. Der im Ausschuss geäußerten Meinung, ein solches Initiativrecht der Reichsregierung sei verfassungswidrig, habe der Ausschuss nicht zustimmen können. Der Standpunkt des Reichsrates, die Reichsregierung habe ohne eine vorhergehende Volksabstimmung niemals das Initiativrecht, erlaube von vornherein als falsch. — Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) befürchtet, daß das Gesetz, in dem er einen Anschlag gegen Preußen sieht, dauernd neue Unruhen schaffen werde. Es handele sich um einen

Klare Verlobung gegen die Verfassung.

Das Gesetz bedürfe als Änderung der Verfassung der Zweidrittelmehrheit des Reichstages. — Abg. Söllmann (Soz.): Der Reichsregierung steht das Initiativrecht auf Grund des Artikels 18 Abs. 1 der Reichsverfassung zu, weil sie den Willen der Bevölkerung zu erforschen hat. Würde die Reichsregierung leichtfertig vorgehen, so würden alle Absichten an dem Widerstand der Bevölkerung scheitern.

Abg. Vossler (Zentr.):

Das deutsche Volk hat heute mehr zu tun, als einen Umbau des Reichshauses vorzunehmen.

(Sehr richtig!) Die Rheinlandpolitik Frankreichs ist in allen Jahrhunderten, unbekümmert der jeweiligen Staatsform, konsequent geblieben. Die Möglichkeit einer Annexion des Rheinlandes besteht, so lange der außerpolitische Druck auf uns lastet. Wir wollen deshalb kein Band lösen, das die Heimat mit dem besetzten Gebiete verbindet. (Sehr richtig!) Einem freien Rheinland müssen aber die Bestimmungen des Artikels 18 vorbehalten bleiben. Wir stimmen dem Gesetze zu. Das Gesetz richtet sich nicht gegen Preußen, aber das Übergewicht Preußens ist sicher nicht das Ideal einer Föderation.

Preussischer Reichspräsidenten-Bevollmächtigter Ministerdirektor Meißner: Nicht preussische Gesichtspunkte haben den Widerstand des Reichsrates hervorgerufen. Die Mehrheit des Reichsrates steht hinter seiner Vorlage. In der Großhamburger Frage haben wir uns nur nach dem Willen der beteiligten preussischen Bevölkerung gerichtet. (Auf in der Mitte: Na! Na!) Preußen will den Artikel 18 loyal durchführen.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Das Recht der Initiative des Reiches befreiten wir nicht, aber das Reich will ein allgemeines Recht in Anspruch nehmen, eine Volksabstimmung herbeizuführen, und das widerspricht dem Sinne und dem Wortlaut der Verfassung in dem Maße, wenn eine Meinungsvielfalt zwischen Landesregierung und Landesbevölkerung besteht. Sogar der Antrag Dringender, der dem Initiativrecht der Reichsregierung ein Mitwirkungsrecht des Reichsrates zur Seite stellen wollte, ist abgelehnt worden. Das macht uns diese Bestimmung völlig unannehmbar. Erheblich verschlechtert wurde der Entwurf durch die Einschaltung der geheimen Vorabstimmung an Stelle der öffentlichen Einzeichnung. Das ist eine merkwürdige Abweichung von den demokratischen Prinzipien. Der Redner begründet ferner den Antrag seiner Partei, der die Verletzung an dem Staatsgerichtshof ermahnen will. Bei Ablehnung unserer Anträge ist das Gesetz für uns unannehmbar.

Staatssekretär v. Besser (Reichsministerium des Innern): Die Regierung ist gezwungen, in jedem Falle den Willen der Bevölkerung zu prüfen und zu berücksichtigen. Es liegt durchaus im Sinne des Artikels 18, daß die Regierung eine Abstimmung vorschlagen kann. Man kann natürlich jede Vorschrift sinnwidrig auslegen, wie es Herr Schulz-Bromberg getan hat. — Abg. Koch-Weser (Dem.): Nach den Reden von rechts und vom Reichsratsseite fühlt man sich beinahe ins Mittelalter verlegt. Man will nur nicht dem Reich zu viel Rechte geben! Die Rechte will nun gerade dem Reich das Recht verweigern, ordnend in die Neueinteilung einzugreifen. (Abg. Dr. Stratzmann (D.N.): Bei Koburg und Bayern ist es gut gegangen, ohne das Reich!) Es ist sehr fraglich, ob die letzte Lösung gut ist.

Abg. Heyerle (Bayr. Sp.): Wir betrachten das Initiativrecht der Reichsregierung als eine Garantie der Volksmeinung gegenüber den Empörungen einer übermächtigen Staatsmacht. In Bayern denkt niemand daran, Preußen klein zu schlagen. Preußen wird immer der größte Staat im Reich bleiben. — Abg. Dr. Brellscheid (U. Soz.) stellt fest, daß die Gestaltung des Verhältnisses des Rheinlandes zu Preußen und zum Reich eine völlig innerdeutsche Angelegenheit sei, in die sich von außen niemand einzumischen habe. Wir stimmen dem Gesetz im allgemeinen zu. — Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) wendet sich nochmals gegen die Vorlage, die sich gegen Preußen richte.

Die Vorlage wird darauf in zweiter Lesung gegen die Rechte unverändert angenommen.